



**Dr. Hans-Jürgen Urban,
Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied der IG Metall**

1. MAI 2023 - WOLFSBURG

„Ungebrochen solidarisch“

Inhalt

1. Krise, Krise, nichts als Krise? Und unsere Antwort!
2. Solidarität mit den Menschen in der Ukraine - Nein zum Krieg und einem neuen Rüstungswettlauf
3. Recht auf gute Arbeit und Respekt für unsere Betriebs- und Personalräte
4. Generationensolidarität statt Aktienrente – her mit der Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung
5. #FairWandel. Schutz von Natur, Arbeit und Beschäftigung zusammendenken
6. Widerstand gegen alte und neue Nazis
7. Solidarität über den nationalen Gartenzaun hinausdenken
8. Wir müssen was tun – eine globale Bewegung der Solidarität!

Krise, Krise, nichts als Krise? Und unsere Antwort!

Wirklich, wir leben in verrückten Zeiten.

Eine Krise jagt die nächste, und kaum ist das eine Problem gelöst, lauert auch schon das nächste um die Ecke.

Globalisierung, Digitalisierung und Klimakrise sind bekannte Phänomene.

Und als wären das nicht Herausforderungen genug, erleben wir seit einigen Jahren eine Kette von externen Schocks.

Finanzmarktkrise, Corona-Virus, Lieferkettenrisse, und dann auch noch dieser vermaledeite Krieg, den Putin und seine Clique gegen die Menschen in der Ukraine führen.

Kein Wunder, dass in den Betrieben und in der Gesellschaft Unsicherheit, ja Zukunftsängste um sich greifen.

In dieser Situation kann die Stunde der Nebelkerzenwerfer, der Verschwörungserzähler und Populisten schlagen.

Und sie versprechen Sicherheit durch Scheinlösungen und Sündenbock-Geschwätz.

Kolleginnen und Kollegen,

in dieser Situation sind wir gefordert.

Unsere Kernaufgabe besteht darin, den Menschen ein Aufklärungs- und ein Solidaritäts-Angebot zu machen.

Aufklärung, um unsinnige von realistischen Strategien zu unterscheiden.

Und Solidarität, um die Menschen nicht alleine zu lassen.

Ungebrochen solidarisch – selten hat ein Mai-Motto so gut in die Zeit gepasst wie dieses Jahr.

Wir verfügen über eine lange Tradition des gemeinsamen Kampfes für soziale Gerechtigkeit.

Und wir kennen und spüren die Kraft der Solidarität:

Wer Halt und Orientierung sucht, dem sagen wir:

Reih dich ein und sei mit dabei in unserem Kampf für gerechte, nachhaltige und demokratische Antworten auf die Krisen.

Bei uns bist du richtig!!

Solidarität mit den Menschen in der Ukraine – Nein zu Krieg und Rüstungsirrsinn

Kolleginnen und Kollegen,
wir stehen heute auch als Teil der Friedensbewegung hier.

Und deshalb verurteilen wir die kriegerische Aggression Russlands gegen die Ukraine.

Wir Gewerkschaften stehen an der Seite der ukrainischen Frauen, Männer und Kinder, die leiden und um ihr Leben fürchten!

Ihnen gehört unsere uneingeschränkte Solidarität!

Aber, Kolleginnen und Kollegen, ich sage auch:

Man mag die immer umfassenderen Waffenlieferungen in die Ukraine befürworten oder ablehnen, aber eines liegt doch auf der Hand.

Mit einem neuen Rüstungswettlauf zwischen Ost und West ist der Friede im 21. Jahrhundert nicht zu sichern.

Putin hat die Nato-Führungsmacht USA zum Hauptgegner erklärt.

Diese hat 2022 mit 877 Mrd. US-Dollar gut zehn Mal soviel für die Rüstung ausgegeben wie der Aggressor Russland.

Doch diese zehnfache Überlegenheit hat zur Abschreckung nicht ausgereicht!

Wo soll das enden?

Ein neuer Rüstungswettlauf löst keine Probleme, aber erschafft viele neue.

Unsere Botschaft an Putin und seine Oligarchen-Clique lautet:

Beenden Sie das Morden, ziehen Sie Ihre Truppen zurück und respektieren Sie das Völkerrecht - Jetzt!

Und unsere Botschaft an die Nato-Staaten lautet:

Verliert euch nicht in geostrategischen Machtspielen.

Wenn der chinesische Regierungschef Xi, wenn der brasilianische Präsident Lula, wenn andere Staatschefs anbieten, eine Vermittlerrolle zwischen den Kriegsparteien zu übernehmen, dann erwarten wir Unterstützung und keine Belehrungen.

Natürlich braucht es viel, ja wohl noch mehr wirtschaftlichen und politischen Druck auf den Aggressor Russland.

Aber jede Chance zum Waffenstillstand muss genutzt werden.

Und sei sie noch so klein.

Recht auf gute Arbeit und Respekt für Betriebs- und Personalräte!

Der Krieg gegen die Menschen in der Ukraine ist nicht nur eine humane Katastrophe, seine Spuren reichen bis in unsere Gesellschaften.

Nicht zuletzt in Form der Inflation.

Hier sind auch wir mit unserer Tarifpolitik gefordert.

Das gilt gerade in Zeiten, in denen die Preise vor allem für Lebensmittel, Energie und Benzin durch die Decke schießen – wer soll das bezahlen?

Deshalb: Rauf mit den Löhnen!

Die Metallerinnen und Metaller haben in der letztjährigen Tarifrunde vorgelegt, jetzt kämpfen und streiken viele Kolleginnen und Kollegen in unterschiedlichen Branchen.

Gut so!

Unsere Solidarität gehört den warnstreikenden Kolleginnen und Kollegen bei der Bahn, in Feldern des öffentlichen Dienstes und anderswo, die über ihre Tarifabschlüsse für einen Inflationsausgleich und wenigstens etwas mehr Verteilungsgerechtigkeit kämpfen.

Und unsere Solidarität haben jene, die im „Niedriglohnsumpf“ feststecken.

Fast 20 Prozent der Erwerbstätigen arbeiten für Niedriglöhne.

Der Sumpf aus prekären Arbeitsbedingungen und Armutslöhnen muss endlich trockengelegt werden!

Die Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro war ein wichtiger Schritt.

Die Anhebung muss weitergehen.

Lieber Hubertus, bleib dran, geh weiter in diese Richtung - unsere Unterstützung hast du.

Und, lieber Hubertus, wenn wir dich schon einmal hier haben, wollen wir einen weiteren Punkt benennen.

Stichwort: Harz IV.

Wir alle wissen:

Hartz IV hat nicht solide Beschäftigungsverhältnisse gefördert, sondern Niedriglöhne und rechtlose Arbeit.

Wir erkennen an, dass mit dem neuen Bürgergeld wichtige Verbesserungen erreicht wurden.

Beim Schonvermögen, in der Wohnungsfrage und bei der aktiven Förderung und Unterstützung von Arbeitslosen.

Aber die endgültige Überwindung von Hartz IV ist das noch nicht.

Der Regelsatz ist immer noch nicht existenzsichernd.

Und immer noch drohen Sanktionen und unzumutbare Härten.

Wir wissen, wer dafür vor allem die Verantwortung trägt:

Merz, Söder und Co. haben mit einer beispiellosen Kampagne das Gesetzesvorhaben bis zuletzt blockiert.

Wir fordern Leistungen, von denen man leben kann.

Und wir sagen:

Weg mit den Zumutbarkeitsregeln, die Arbeitslose in prekäre Arbeit ohne Rechte zwingen können.

Auch Arbeitslose haben ein Recht auf Gute Arbeit und Respekt im Umgang mit ihren Problemen verdient.

Apropos Respekt:

Als respektlos empfinden wir auch den Umgang mit unseren Betriebsrats-Kolleg:innen.

Die Juristen liefern sich hier ein trauriges Schauspiel.

Uneinheitliche Rechtsprechung und Urteile, die ins Absurde reichen.

Am Ende bleibt ein Karriereverbot für Betriebsräte und Misstrauen gegenüber ihrer Tätigkeit.

Das geht gar nicht!

Gewiss, eine Mai-Kundgebung ist nicht der Ort, um über juristische Details zu reden.

Aber unsere Botschaft ist klar:

Ohne das tägliche, solidarische und vielfach aufopferungsvolle Engagement unserer Betriebsratskollegen sähe die Arbeitswelt heute anders aus.

Niemals hätten wir die heutigen Standards an Mitbestimmung und humanen Arbeitsbedingungen erreicht.

Und für diese Arbeit haben sie nicht Misstrauen und Unterstellungen, sondern Respekt und faire Arbeits- und Entlohnungsbedingungen verdient!

Das ist *unsere* Botschaft zum Tag der Arbeit!

Sichere Renten!

Kolleginnen und Kollegen,
Respekt ist auch in der Lebensphase nach der Arbeit angesagt.

Dazu gehört eine ausreichende und verlässliche Alterssicherung.

Die Renten steigen zum 1. Juli: 4,4 Prozent im Westen und 5,9 Prozent im Osten.

Das ist gut so!

Gut ist auch, dass das Rentenniveau über 2025 hinaus stabilisiert werden soll.

Das ist ein wichtiger, ein richtiger Schritt, gegen diejenigen, die nicht aufhören, die gesetzliche Rente kaputtzureden.

Sie schwadronieren faktenfrei vom Zusammenbruch des Rentensystems.

Und sie wollen das Rentenniveau wieder auf Sinkflug schicken und das Renteneintrittsalter auf 70, 71 oder mehr erhöhen.

Kolleginnen und Kollegen, ich sage:

Schon die Rente mit 67 war eine der größten Fehlentscheidungen in der Geschichte der Sozialpolitik!

Das Rentenalter muss sich bewegen, aber nicht nach oben, sondern nach unten.

Wir wollen flexible Ausstiegsmöglichkeiten mit akzeptablen Renten – vor der 67!

Und wir wollen eine Rentenversicherung, in die alle einzahlen: auch Selbstständige, Freiberufler, Beamte und Politiker!

Deshalb:

- Rauf mit dem Rentenniveau;
- und her mit der Erwerbstätigenversicherung!

Das steht für Generationensolidarität – und darauf stehen wir!

Kolleginnen und Kollegen!

Worauf wir gar nicht stehen, sind Versuche der FDP, die Rentenversicherung für die Finanzmärkte zu öffnen.

Stichwort: Aktienrente.

Für uns steht fest:

Wir brauchen eine Brandmauer zwischen der verlässlichen Rentenversicherung und den unzuverlässigen Finanzmärkten:

Mit Rentnerbeiträgen darf nicht spekuliert werden, und die Rente darf nicht von den Aktienkursen abhängen.

Das ist für uns unverzichtbar.

Und lieber Hubertus, wenn du bei der Verteidigung der solidarischen Rentenversicherung Hilfe brauchst, sag Bescheid!

Wir sind bereit.

#FairWandel: Natur, Arbeit und Beschäftigung zusammendenken

Kolleginnen und Kollegen,

Zukunftsvorsorge heißt auch: ökologischer Umbau der Industrie.

Wir Gewerkschaften verstehen uns als Teil der Umweltbewegung!

Aber wir haben einen speziellen Auftrag.

Unsere historische Pflicht ist es, aus der ökologischen Transformation eine sozial-ökologische zu machen!

Wir wollen Umweltschutz und Arbeit miteinander verbinden!

Weder Mensch noch Natur dürfen auf der Strecke bleiben.

Rund 800.000 Arbeitsplätze hängen bundesweit an der Fahrzeugherstellung – rund 210.000 alleine an der Produktion von Antriebssträngen.

Das gilt natürlich für die Wolfsburger Region wie für kaum eine andere in Deutschland.

Die ökologische Transformation, die wir unterstützen, muss fair und solidarisch sein.

Schutz von Natur und Beschäftigung - das kann, das muss zusammengehen.

Die Ersetzung von Kohle durch grünen Wasserstoff, die Umstellung vom Verbrenner auf den Elektro-Antrieb, der Ausbau des öffentlichen Personennah- und fernverkehrs – alles das ist nötig, alles das ist möglich!

Aber das kostet Geld – Milliarden!
Diese Summen sind mobilisierbar!

Durch öffentliche Kreditaufnahme.

Und vor allem durch eine Steuer- und Abgabepolitik, die das Geld dort abholt, wo es im Übermaß vorhanden ist:

- bei übergroßen Erbschaften- und Vermögen;
- bei Spitzeneinkommen jenseits der Millionen;
- und bei Finanzeinkommen, die in Steueroasen landen oder die der Fiskus steuerlich wie rohe Eier behandelt.

Mit einer Politik der schwarzen Null und einer Steuerbremse à la Lindner wird man das nicht schaffen.

Es braucht eine Finanzpolitik, die die Schulden- und Steuerbremse löst und die Lasten gerecht verteilt.

Es braucht eine Investitionspolitik, die den Weg für nachhaltige Zukunftstechnologien freimacht.

Und: Es braucht eine Sozialpolitik, die den Wandel sozial flankiert und alle mitnimmt.

Das sind unsere Forderungen!

Kolleginnen und Kollegen,

auch die Unternehmen müssen sich ihrer Verantwortung stellen.

Es passt einfach nicht in die Zeit, wenn die DAX-Unternehmen – trotz Corona und Lieferkettenproblemen - Dividenden in der Rekord-Höhe von 52 Mrd. Euro ausschütten.

Auch in der Automobilwirtschaft wird viel, ja sehr viel Geld verdient.

Dieses Geld muss auch in den Strukturwandel fließen:

- um betriebsbedingte Kündigungen auszuschließen,
- um die notwendigen Weiterbildungsmaßnahmen anzubieten
- und um die Wertschöpfungsketten und die Ladeinfrastruktur auf die E-Mobilität auszurichten.

Und wenn es zur Sicherung von Beschäftigung beiträgt, dann ist auch die Verkürzung der Arbeitszeit und eine Vier-Tage-Woche ein gute, eine solidarische Antwort auf die Risiken der Transformation.

Kurzum,
wer nur Renditen und Dividenden im Blick hat, der hat Belegschaften und Gewerkschaften zum Gegner.

Wer aber Zeit und Geld in neue Produkte, neue Verfahren und neue Mobilitätskonzepte investiert, der kann auf uns zählen.

Wir sagen:

„Ja“ zum ökologischen Umbau – aber „Nein“ zu Arbeitsplatz- und Sozialabbau!

Aus der Geschichte lernen!

Kolleginnen und Kollegen,

morgen, am 2. Mai, jährt sich zum 90. Mal der Sturm der SA-Faschisten auf die Gewerkschaftshäuser

Gemeinsam mit Christen, Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten wurden Gewerkschafter: innen verhaftet und in Konzentrationslager und Folterkeller verschleppt.

Und nur allzu viele von ihnen wurden wie Juden, Sinti und Roma und anderen vergast und ermordet.

Deshalb sagen wir heute und morgen:

„Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“

Und deshalb wenden wir uns mit aller Kraft gegen alte und neue Nazis, am Stammtisch, in den Betrieben und den Parlamenten.

Wer auf der Flamme von Bürgerwut und Zukunftsängsten seine braune Suppe kochen will, der meint es *nicht* gut seinem Land.

Ja, ich rede von dieser Partei, die schon mit ihrem Namen lügt, wenn sie sich „Alternative für Deutschland“ nennt.

Kolleginnen und Kollegen,

Ich bin kein Patriot, ich bin Gewerkschafter und deshalb Internationalist.

Aber wäre ich einer, ich würde mich schämen!

Während wir für Mindestlöhne, gute Arbeit und gute Renten kämpfen, hetzen sie gegen Flüchtlinge und Nicht-Deutsche.

Glaubt denn wirklich jemand, dass diese Gesellschaft ohne Asylsuchende von sich aus solidarischer und nachhaltiger wäre?

Nein! Hetze gegen Minderheiten hilft nicht gegen kapitalistische Ungerechtigkeiten. Weder im Betrieb noch in der Gesellschaft!

Wir stehen hier für Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit.

Für Deutsche und Nicht-Deutsche, für Männer und Frauen und für diejenigen, die bei uns Schutz vor Krieg, Völkermord und Hunger suchen.

Das sind unsere Lehren aus der Geschichte!

Solidarität über den nationalen Gartenzaun hinausdenken

Kolleginnen und Kollegen,

nicht nur bei uns, vor allem im globalen Maßstab ist Gerechtigkeitsalarm angesagt.

Wir leben in einer Welt, in der

- das reichste 1 Prozent der Weltbevölkerung 82 Prozent des Weltvermögens einsteckt,
- in der die oberen zehn Prozent der Weltbevölkerung mehr als die Hälfte der CO²-Emissionen verursachen,
- und in der Kriege zwischen und innerhalb von Staaten Hunger und Elend von Milliarden Menschen vergrößern.

Kolleginnen und Kollegen!

Ein „Imperium der Schande“ - so hat der Ex-UN-Berichterstatter Jean Ziegler diese Weltordnung genannt.

Und genau das ist sie!

Ja, es geht um die Transformation und mehr Gerechtigkeit hier bei uns – selbstverständlich!

Aber es geht auch um eine Weltordnung, in der alle Menschen eine Lebensperspektive haben, ganz gleich, wo sie geboren wurden.

Wir stehen für Menschenwürde und globale Gerechtigkeit und gegen einen Finanz-Kapitalismus, der Menschen verachtet, die Natur zerstört und Kriege führt.

Auch das ist eine Botschaft des 1. Mai.

Wir müssen was tun – eine globale Bewegung der Solidarität!

Frieden, Gute Arbeit, ökologische Nachhaltigkeit und Solidarität – Herkules-Aufgaben allesamt!

Manchmal fragt man sich:

Wer soll das alles durchsetzen, wer hat die Kraft und den Mut?

Darauf gibt es nur eine Antwort: Wir!

Dabei habe ich eine Hoffnung.

Vielleicht wächst in diesem Kampf ja auch die Erinnerung daran, dass wir als Gewerkschaftsbewegung einmal für ein weitergehendes Ziel angetreten sind.

Eine Weltgesellschaft, in der Demokratie, Gerechtigkeit und Solidarität realisiert sind, und nicht immer wieder gegen die Übergriffe gieriger ökonomischer Eliten und autokratischer Machthaber verteidigt werden müssen.

Eine Gesellschaft jenseits der Zwänge des heutigen Finanzmarkt-Kapitalismus?

Ein altes Ansinnen, gewiss.

Aber zugleich das aktuellste, das ich kenne.

Also: Auf geht's!

Es lebe der 1. Mai!